

## SOZIALKONGRESS

SOZIAL

Vom 1. bis 3. Dez. 1983 fand in Graz an der TU der erste gesamtösterreichische Sozialkongress statt.  
Folge Abschlusserklärung wurde verabschiedet:

REFERAT

Abschlusserklärung der Sozialkonferenz "30 Stunden zur sozialen Lage"

Die Anwesenden bei der gesamtösterreichischen Sozialkonferenz der Österr. Hochschülerschaft "30 Stunden zur sozialen Lage" vom 1.-3.12.1983 verabschiedeten folgende Abschlusserklärung:

Wir protestieren gegen jede Art von Sozial- und Bildungsabbau. Insbesondere wenden wir uns gegen den Sozialabbau im Bereich der Frauen, die der Ideologie "Frauen an den Herd" folgt. Besonders wenden wir uns gegen die Einschränkungen im Sozialbereich, wie sie im "Maßnahmenpaket" der Regierung vorgesehen sind, sowie gegen die Herabsetzung von Zuwendungen von finanziellen Mitteln an Institute. Uns scheint, daß der eingeschlagene Kurs der Kürzung von Sozialleistungen keinen Ausweg aus der Krise bringt. Dies bestätigen auch die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 1984.

Vielmehr wird die Ungleichheit in den personellen Einkommensverhältnissen verstärkt, es findet ein Umverteilungsprozeß von unten nach oben statt.

Die Anwesenden bei der Sozialkonferenz fordern daher folgendes:

Bezüglich Stipendien fordern wir, daß der im Parlament eingebrachte Initiativantrag noch im Dezember behandelt wird, eine Dynamisierung der Stipendien, eine Ausbezahlung der Stipendien für die durchschnittliche Studiendauer. Im Falle von Arbeitslosigkeit der/des Unterhaltspflichtigen verlangen wir, daß die zumutbare Unterhaltsleistung auf Basis des zu erwartenden Einkommens berechnet wird. Das Kriterium des Leistungsnachweises für Studierende mit Kind muß eigens geregelt werden.

Bezüglich Studentenheime fordern wir ein Studentenheimgesetz, daß ein demokratisches Heimleben ermöglicht und den sozialen Auftrag der Heime erfüllt. Der Sommerbetrieb darf kein lukrativer Verdienst für den Heimträger bzw. Gesellschaften, die den Sommerbetrieb abwickeln, sein. Außerdem ist in jedem Studentenheim ein Kontingent für ausländische Studierende freizuhalten.

Am "freien Wohnungsmarkt" müssen öffentlich geförderte Wohnungen für alle sozial Schwachen, daher auch für einen Großteil der Studierenden, erschwinglich sein. Die Stellung der Mieter im Wohnbereich muß entscheidend verbessert werden.

Zum Themenbereich Akademikerarbeitslosigkeit stellen wir folgendes fest: Es gibt einen Bedarf an akademisch gebildeten Arbeitskräften, der nicht von den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln bestimmt werden darf. Zur Lösung des Problemes der Arbeitslosigkeit unterstützen wir 2 Strategien.

Einerseits die Selbsthilfe von betroffenen Gruppierungen (z.B. Komitee gegen Lehrerarbeitslosigkeit)

Andererseits müssen <sup>wir</sup> Druck auf die Regierung ausüben, damit Arbeitsplätze nach dem gesellschaftlichen Bedarf geschaffen werden.

Außerdem setzen wir uns für eine Aussetzung des Pädagogikums in der derzeitigen Form ein, da es eine Reihe von sozialen Härten und Disziplinierungsmöglichkeiten sowie die Gefahr einer wachsenden, versteckten Lehrerarbeitslosigkeit mit sich bringt. Wir fordern den Rechtsanspruch

auf ein bezahltes Einführungsjahr (wie das frühere Probejahr). Alle Stellenausschreibungen, auch für leitende Positionen, sind geschlechtsneutral vorzunehmen.

Bezüglich der Probleme ausländischer Studierender in Österreich schließen wir uns dem Forderungsprogramm, welches im Arbeitskreis für ausländische Studierende erarbeitet wurde, an.

1. Wir fordern ein passives Wahlrecht für alle ausländischen Studenten
2. Um der derzeitigen Diskriminierung der Studenten aus der sog. Dritten Welt entgegenzuwirken, sollen diese bei der Vergabe von Studienplätzen besonders berücksichtigt werden. Aufhebung der derzeit geltenden Aufnahmebedingungen für ausländische Studenten. Abschaffung der Notenbewertung als grundlegendes Kriterium bei der Aufnahme. Gleichwertigkeit der ausländischen Reifezeugnisse und akademischen Diplome.
3. Keine Aufnahmebeschränkungen für Gastarbeiterkinder.
4. Es dürfen keine Studienrichtungen generell für Ausländer gesperrt werden.
5. In der Kommission der Deutschsprachkurse ist ein Vertreter der Ausländer (Ausländerreferent) aufzunehmen.
6. Für die einzelnen Studienrichtungen sollen Fachsprachkurse an allen österreichischen Universitäten angeboten werden.
7. Zugang zu allen österreichischen Studentenheimen für ausländische Studenten. Es soll mindestens einen Heim- oder Wohnplatz geben, der für Notfälle zur Verfügung steht.
8. Einbeziehung aller ausländischer Studenten an das österreichische Studienförderungsgesetz
9. Übertragung der Vertretung der ausländischen Studenten ausschließlich an die ÖH, wobei den Ausländern Mitbestimmungsrechte zugesichert werden sollen.
10. Verbot aller neofaschistischen Organisationen in Österreich. Verwirklichung der allgemeinen Bürgerrechte für die Ausländer. Zur Beseitigung der herrschenden rassistischen Vorurteile und Diskriminierung gegen die Ausländer sollen entsprechende Aktionen durchgeführt werden.
11. Gewährung des Asylrechtes für die in ihrem Heimatland politisch verfolgten Ausländer.
12. Freie politische Tätigkeit der ausländischen Studenten in Österreich und keine diesbezüglichen Diskriminierungen.
13. Einrichtung und Besetzung von Ausländerreferaten an allen Hauptausschüssen.

Wir fordern alle Hauptausschüsse auf, ein Frauenreferat einzurichten und zu besetzen, und sich dafür einzusetzen, daß an den jeweiligen Hochschulen und Universitäten Kindergärten und Krabbelstuben eingerichtet werden.

Bezüglich der Karenzgeldzahlung für Studierende treten wir dafür ein, daß eine effiziente Karenzgeldregelung sowohl für studierende Mütter als auch Väter gelten muß.

Wir sind der Meinung, daß den Forderungen auch konkrete Schritte, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften folgen müssen. Als Beispiel dafür setzen wir uns für eine Woche zum Themenschwerpunkt "Arbeitslosigkeit - Akademikerarbeitslosigkeit" im Sommersemester 1984 ein.



Dieses Ergebnis soll richtungsweisend für die ÖH-Politik in den nächsten Jahren sein.



Wali Berger